



### Presseschau vom 10.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### Vormittags:

*lug-info.com*: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Mit Antipanzergrenatwerfern wurde **Kalinowka** beschossen.

*de.sputniknews.com*: Rada-Abgeordneter verrät, wodurch die Ukraine „ermordet“ wird: Der Abgeordnete des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada) Wadim Rabinowitsch hat gegenüber dem Sender „112 Ukraine“ die Forderungen des IWF zur Erhöhung der Gaspreise kritisiert und erläutert, welche Folgen es für das Land haben könnte.

Rabinowitsch zufolge hat die Ukraine bereits die höchsten Gaspreise Europas im Verhältnis zum Einkommen ihrer Bürger.

„Uns zu sagen, dass wir (den Gaspreis – Anm. d. Red.) noch erhöhen müssen, sodass er so wie in Italien und England wäre, ist kompletter Quatsch, eine Lüge und Ermordung des Landes. In der Tat haben wir nicht einfach teures Gas, sondern überteures Gas. In keinem anderen Land hat die Bevölkerung so hohe Gaskosten. Wenn unsere Menschen zahlen, dann können sie nicht weiterleben, sie geben all ihr Geld für öffentliche Dienstleistungen aus“, klagte der Politiker.

Darüber hinaus warf er den ukrainischen Behörden mangelnde Weitsicht vor, die laut ihm zum Wasserversorgungsstopp im ganzen Land führen kann.

Die Anhebung der ukrainischen Gaspreise ist eine der Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Gewährung eines weiteren Darlehens an die Ukraine. Ein vierjähriges IWF-Hilfsprogramm sieht die Bereitstellung von 17,5 Milliarden Dollar für die

Ukraine vor.

Im März 2015 wurde die erste Tranche von fünf Milliarden Dollar überwiesen, im August desselben Jahres die zweite Tranche von 1,7 Milliarden. Im Zeitraum 2016-2017 erhielt die Ukraine zwei weitere Tranchen von jeweils einer Milliarde Dollar.

Kiew hoffte, die fünfte IWF-Tranche bis Ende 2017 zu erhalten, bislang wurde sie jedoch nicht gewährt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31895/33/318953367.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 09. Juli 3:00 Uhr bis 10. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Dolomitnoje), Spartak, Leninskoje, Sachanka.**

In Folge eines Beschusses von Gorlowka wurden folgende Häuser beschädigt: Plotinnaja-Straße 158 und 160.

Genauere Informationen werden ermittelt.

Opfer unter den friedlichen Bürgern wurden bis jetzt nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 85.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Moskau reagiert auf „altes Mantra“ Londons von Russlands „Schuld“:

Das russische Außenministerium hat die vom britischen Verteidigungsminister im Zusammenhang mit dem Vorfall in Amesbury gegen Moskau geäußerten Anschuldigungen ein „altes gutes Mantra“ zum Thema „das haben die Russen getan“ genannt und die britische Seite aufgerufen, sich mit realen Ermittlungen zu befassen.

Der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson hatte am Montag Russland beschuldigt, in den Tod einer britischen Staatsbürgerin beim Vorfall in Amesbury verwickelt zu sein.

„Die Realität sieht so aus, dass Russland eine Attacke auf britischem Boden verübt hat, die

zum Tode einer Bürgerin Großbritanniens geführt hat“, erklärte Williamson, ohne irgendwelche Beweise für seine Behauptung anzuführen.

Am Morgen des 4. Juli hatte die britische Polizei einen „ernsten Vorfall“ in der Stadt Amesbury (Grafschaft Wiltshire) gemeldet, wo am 30. Juni zwei Personen „der Einwirkung eines unbekanntes Stoffes ausgesetzt waren“ und in kritischem Zustand in ein Krankenhaus gebracht worden seien. Scotland Yard erklärte kurz darauf, das Paar sei mit „Nowitschok“ vergiftet worden – demselben Giftgas, das angeblich bei dem Anschlag auf die Skripals Anfang März im nahe gelegenen Salisbury eingesetzt wurde. Am Sonntag hieß es, dass die 44-jährige Britin Dawn Sturgess im Kreiskrankenhaus von Salisbury gestorben sei und sich ihr 45-jähriger Ehemann Charlie Rowley dort weiterhin in einem kritischen Zustand befinde. Wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte, wäre es absurd, in Bezug auf das Geschehen in Amesbury Russland zu erwähnen.

Der Pressesprecher der russischen Botschaft im Vereinigten Königreich teilte im Gespräch mit Sputnik mit, dass Moskau die Vorfälle in Salisbury und Amesbury als eine russlandfeindliche Provokation des offiziellen Londons betrachten werde, sollte die britische Seite keinen Zugang zu den Ermittlungsmaterialien und ebenso zu den Bürgern Russlands gewähren, die bei der Vergiftung im März in Salisbury zu Schaden kamen...

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR über die Lage am 10. Juli 2018:

Die Lage in der Nähe der Kontaktlinie ist weiterhin durch unsere Truppen kontrollierbar.

In **Richtung Mariupol** wurde **Leninskoje** von den ukrainischen Kämpfern beschossen, auf das die ukrainischen Terroristen neun Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und sieben des Kalibers 82mm abfeuerten. Ebenfalls mit Mörsern wurde **Sachanka** beschossen, auf das von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 19 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert wurden und 50 Schüsse mit einem Abwehrgeschütz abgegeben wurden. Die verbrecherischen Befehle zum Beschuss der Ortschaften erteilte der Kommandeur der 36.

Marineinfanteriebrigade der Kriegsverbrecher W. Gnatow persönlich seiner Bande. Nur durch glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer aus der 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft eines weiteren Kriegsverbrechers, Klotschkow, **Spartak** beschossen, auf das die Kämpfer mit Granatwerfern verschiedener Art schossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Terroristen aus der 24. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers W. Guds **Gorlowka** und **Dolomitnoje** beschossen, auf die mit Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, geschossen wurde. Dabei wurden zwei Häuser in der Plotinnaja-Straße 158 und 160 beschädigt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Nach unseren mehrfachen Beschuldigungen des Kommandos der Besatzungskräfte bezüglich der Verletzung des Regimes des Waffenstillstands unter Bereitstellung von durch ukrainische Freiwillige gedrehten Videobeweisen ist der „letzte Geduldsfaden“ des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte gerissen, und der Kommandeur der OOS S. Najew ist gegen die Anwesenheit von Freiwilligen und nicht kontrollierten nationalistischen Bataillonen an der Front aufgetreten. Nach seinen Worten sollen sich künftig in den Kampfzonen nur die ukrainischen Streitkräfte und Einheiten anderer militärischer Strukturen, die zur OOS gehören, befinden. Wie bekannt wurde, hat er den Kommandeuren der operativ-taktischen Gruppierungen bereits der Befehl zum Abzug der bewaffneten nationalistischen Organisationen, darunter „Rechter Sektor“, und von Vertretern von Freiwilligenorganisationen aus der Operationszone erteilt. In diesem Zusammenhang kontrolliert Najew persönlich die Erfüllung seiner Anweisungen, da er einen Konflikt und eine mögliche bewaffnete

Auseinandersetzung zwischen Nationalisten und regulären Einheiten der ukrainischen Streitkräfte befürchtet. Gestern arbeitete er in der 93. mechanisierten Brigade, wo er dem Brigadekommando den Plan zum Abzug der nationalistischen Einheiten ins Hinterland und Abwehrmaßnahmen im Fall eines bewaffneten Konflikts erläuterte. Heute hat er eine solche Arbeit in der 28. mechanisierten Brigade geplant.

Ausgehend von der gegenwärtigen Situation muss eine Verstärkung der Konflikte zwischen dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte und den Kommandeuren der nationalistischen Bataillone bis hin zu einem bewaffneten Konflikt erwartet werden. Man kann auch mit Überzeugung erklären, dass eine Zunahme der Kritik am Kommando der Besatzungskräfte von Seiten der Freiwilligenorganisationen und der Massenmedien, die eine alternative und wahrheitsgemäßere Informationsquelle verloren haben, erfolgen wird.

Wir verfolgen weiter die sanitär-epidemiologische Situation in südlicher Richtung. Nach den Worten des leitenden Epidemiologen von **Mariupol** wurde in der letzten Woche **ein Ausbruch von Cholera-Erkrankungen unter der Bevölkerung** festgestellt, was mit der unregelmäßigen Wasserversorgung sowie dem Fehlen von Chlorlieferungen von Seiten des Unternehmens „Dnepro-Asot“ zusammenhängt. In diesem Zusammenhang ist im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade die Ankunft einer Kommission des Stabs der Besatzungskräfte unter Leitung des Leiters des Stabs W. Salishnyj zu bemerken, die die sanitär-epidemiologische Lage der Brigade überprüft. Die Überprüfung hat ein weiteres Mal Verstöße in Fragen der Lebensmittel- und Wasserversorgung aufgedeckt, was das Kommando der Brigade gezwungen hat, 30 Soldaten auf Kurse in die Militärakademie der Bodentruppen in Odessa zu schicken. Im Zeitraum vom 9. bis 20. Juli nehmen in der Akademie unter Leitung von Instruktoren der britischen Streitkräfte Soldaten an Kursen zur Fragen der rückwärtigen Versorgung und der Organisation der Lebensmittelversorgung teil. Daraus muss man den Schluss ziehen, dass die sanitär-epidemiologische Lage in der 36. Marineinfanteriebrigade so bedrückend ist, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte die Unterstützung seiner europäischen Kuratoren benötigt.

So entsprechen die Erklärungen des Stabs der Besatzungskräfte, dass die ukrainischen Streitkräfte die Lage kontrollieren und das Regime der Feueereinstellung einhalten würden, nicht der Wirklichkeit und ist eine weitere Lüge, die von hochrangigen Verbrechern in Uniform verbreitet wird.

de.sputniknews.com: Nach Johnson-Rücktritt: Kreml erwartet politische „Erleuchtung“ von London.

Der Beitrag des zurückgetretenen Außenministers Boris Johnson zu den russisch-britischen Beziehungen sei sehr "bescheiden", teilte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, mit. In Bezug auf den Fall in Salisbury erwarte man nun von der britischen Regierung eine "politischen Erleuchtung".

"Erst neulich hat der Präsident Russlands Wladimir Putin gesagt, dass diese Seite natürlich früher oder später umgeschlagen werden sollte. Wir erwarten, sagen wir mal, eine politische Erleuchtung Großbritanniens in dieser Hinsicht. Selbstverständlich warten wir auch darauf, dass früher oder später irgendwelche plausible Erklärungen oder Argumente zu den jüngsten Ereignissen in Salisbury und zu der darauf folgenden Situation geliefert werden", sagte Peskow.

So kommentierte er den Vorfall in Amesbury, wo ein Paar angeblich mit „Nowitschok“ vergiftet worden sei – mit demselben Giftgas, das mutmaßlich bei dem Anschlag auf die Skripals Anfang März im nahe gelegenen Salisbury eingesetzt wurde.

Außerdem äußerte sich Peskow zu dem Rücktritt von Boris Johnson: "Natürlich können wir die Minister anderer Länder nur anhand des Kriteriums beurteilen, welchen Beitrag sie zur Entwicklung und zum Ausbau der bilateralen Beziehungen dieses Landes mit Russland geleistet haben. Leider kann dieser Beitrag von Boris Johnson zur Entwicklung der britisch-

russischen Beziehungen als sehr, gelinde gesagt, bescheiden betrachtet werden."



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32148/68/321486887.jpg>

### Nachmittags:

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich ein wenig verschärft. In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt** und die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von **Kalinowka** mit Granatwerfern beschossen.

Der Beschuss erfolgte von den Positionen der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Tatus ist.

Trotz einer gewissen Tendenz zur Stabilisierung der Lage an der Kontaktlinie konzentriert das ukrainische Kommando weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie.

Es wurde festgestellt, dass im Gebiet von Troizkoje zwei Schützenpanzer eingetroffen sind, außerdem wurden Feuerstellungen von zwei Mörserbatterien entdeckt. Mit diesen Waffen plant der Kriegsverbrecher, der Kommandeur der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Tatus, in nächster Zeit provokative Beschüsse unserer Positionen vorzunehmen. Zur Aufklärung von Zielen führt der Gegner weiter **Luftaufklärung in der Nähe der Kontaktlinie** durch. So wurde im Gebiet von Troizkoje – Luganskoje **Flüge von Drohnen** einer Aufklärungskompanie der 72. Brigade festgestellt.

Über die Absicht des ukrainischen Kommandos eine Reihe provokativer Maßnahmen in der Nähe der Kontaktlinie durchzuführen zeugt auch die Tatsache, dass in der OOS-Zone bis zum 15. Juli Vertreter von sieben nationalen und ausländischen Massenmedien (Agence France-Presse, Zeitung „Priasowskij Rabotschij“ (Mariupol), das Massenmedium „Für Menschenrechte“, Fernsehsender „5. Kanal“, Zeitung „Express“, TRK „Ukraina“, das polnische Outriders) arbeiten.

Im Zeitraum vom 1. bis 10. Juni haben mehr als 30 Gruppen ukrainischen und internationaler Informationsagenturen die Zone der Strafoperation besucht. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die militärisch-politische Führung der Ukraine zielgerichtet **sogenannte kompromittierende Materialien** gesammelt hat – gestellte Fotos, Videoreportagen, damit P. Poroschenko sie während des NATO-Gripfels, der für den 11.-12. Juli geplant ist, **zur Beschuldigung der Führung der Volksrepubliken** bezüglich der Eskalation des Konflikts und der Nichterfüllung der „Minsker Vereinbarungen“ verwendet.

Heute finden in der Volksmiliz Übungen zur Ausbildung von Panzergrenadiereinheiten statt,

bei denen verschiedene taktische Aufgaben bearbeitet werden, insbesondere die Führung von Positions- und beweglicher Verteidigung, Abwehr von Angriffen und Gegenangriffen des Gegners.

Hauptziel der militärischen Ausbildung der Volksmiliz ist die Erhöhung der Geschlossenheit der Handlungen der Einheiten sowie des Personals der Volksmiliz bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben in einer vorgegebenen Zeit.

de.sputniknews.com: Peskow zu Mafia-Kreml-Vergleich: US-Establishment ist Geisel der Klischees.

Der Kreml trägt keine „rosarote Brille“ und versteht, dass das US-amerikanische Establishment von Stereotypen gefangen ist und unter internem russenfeindlichem Druck steht. Dies teilte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Dienstag mit.

Die Worte des Kremlsprechers folgten als Reaktion auf die jüngsten Aussagen des US-Senators John Neely Kennedy, der nach seinem Besuch in Moskau die russische Regierung mit der Mafia verglichen hat.

„Natürlich ist es schwierig, solche Worte zu verstehen. Ich weiß nicht, in welchem Kontext sie gesagt wurden. Der Senator war wirklich hier, er hatte die Möglichkeit, unser Land zu sehen und mit unserer Führung in Kontakt zu kommen. Wir tragen keine rosarote Brille und wissen wohl, wie das US-amerikanische politische Establishment sich in Gefangenschaft von Stereotypen befindet und unter einem schrecklichen Druck der internen Russophobie steht. Wir verstehen das sehr gut“, erläuterte Peskow gegenüber Reportern.

Eine Delegation von US-Kongressabgeordneten und Senatoren hatte von Ende Juni bis Anfang Juli Russland besucht. Sie war vom Außenminister Sergej Lawrow empfangen worden und hatte sich zudem mit russischen Parlamentsabgeordneten getroffen.

Der Senator John Neely Kennedy soll laut einem Agenturbericht nach dem Besuch gesagt haben, dass man den russischen Präsidenten Wladimir Putin „zügeln“ müsse und ihm nicht trauen sollte. Dem fügte er hinzu, dass Russland keine politische Philosophie habe – „es ist wie zu sagen, was die politische Philosophie der Mafia ist“.

Dan-news.info: Kommentar Denis Puschilins zum bevorstehenden Treffen in Minsk am 11. Juli:

Unter Berücksichtigung der Dynamik der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung beabsichtigen die Vertreter der Republiken, in der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit auf dem morgigen Treffen in Minsk die Frage der Annahme eines Dokuments mit einer detaillierten Liste von zusätzlichen Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands aufzuwerfen.

Ich möchte daran erinnern, dass ein Entwurf dieses Dokuments das Ergebnis langer und anstrengender Arbeit der OSZE-Mission ist und bereits im Mai dieses Jahres an die Seiten verschickt wurde.

Das Dokument beinhaltet folgende Maßnahmen:

- allgemeine Bestätigung der Unterstützung der Realisierung aller zuvor vereinbarten Maßnahmen zur Feuereinstellung, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, darunter die Einstellung der Kämpfe und den Abzug der schweren Waffen;
- Veröffentlichung und Bekanntmachung der Befehle über die Feuereinstellung auf allen Ebenen, darunter auch Information einer breiten Öffentlichkeit;
- Verbot aller Angriffs- und Aufklärungsmaßnahmen und von Scharfschützenfeuer;
- Verbot von Beschüssen und Feuer, auch erwidern, besonders in Richtung und aus Richtung von Ortschaften;
- Verbot der Stationierung von schweren Waffen in Ortschaften sowie von zielgerichtetem Feuer auf Objekte ziviler Infrastruktur, einschließlich Schulen, Kindergärten,

Krankenhäusern;

- Ergreifen entsprechender Maßnahmen bei Fällen der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung, effektive Nutzung strenger Disziplinarmaßnahmen gegenüber Verletzern;
- sicherer Zugang für die OSZE-Mission.

Leider ist es der ukrainischen Seite bis jetzt gelungen, die Erörterung dieses Dokuments beiseite zu schieben.

Wir haben keine Illusionen bezüglich der Position der Ukraine in der Frage der Regelung des Konflikts im Donbass und der Methoden, die die ukrainische Regierung dafür bereit ist zu nutzen. Dennoch bestehen die Republiken weiter auf der Notwendigkeit der Annahme des Dokuments, dass es erlauben würde, das Feuer in der Praxis einzudämmen und operativ auf Verletzungen zu reagieren.

Der bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk Denis Wladimirowitsch Puschilin

de.sputniknews.com: US-Außenminister nennt Hauptthemen der Putin-Trump-Gespräche: US-Außenminister Mike Pompeo hat in einem Interview mit dem TV-Sender Sky News Arabia offenbart, was der russische Präsident Wladimir Putin und sein US-Amtskollege Donald Trump beim Treffen in Helsinki, das am 16. Juli stattfinden soll, vorrangig besprechen werden.

„Die Situationen in Syrien und in der Ukraine werden die Hauptthemen der Verhandlungen zwischen Trump und Putin bei dem Gipfeltreffen in Helsinki sein“, sagte Pompeo.

Er habe ebenso betont, dass die USA „die Russen, Syrer und Iraner zwingen wollen, sich an die politischen Vereinbarungen zu halten“.

Washingtons Ziel sei es, eine neue Verfassung für Syrien auszuarbeiten und eine politische Lösung des Konflikts zu finden.

Ferner habe Pompeo unterstrichen, dass der Iran und die pro-iranischen Militärformationen das Land verlassen sollten, weil es keinen Grund dafür gebe, dass sie weiterhin dort bleiben. Darüber hinaus habe der Politiker Moskau vorgeworfen, dass es das vor einem Jahr nach Vereinbarung zwischen den USA, Russland und Jordanien abgeschlossene Abkommen über die südliche Zone der Deeskalation in Syrien verletze. Der syrische Präsident Baschar al-Assad soll dabei mehrmals gewarnt haben, dass er ein militärisches Szenario der Befreiung dieser Gebiete nicht ausschließe.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit März 2011 an. Russland hat seine Operation gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS, auch Daesh) auf Bitte des offiziellen Damaskus unternommen. Am 11. Dezember 2017 erteilte der russische Präsident den Befehl, mit dem Abzug der russischen Truppengruppierung aus Syrien zu beginnen. Vor Militärs auf dem russischen Stützpunkt Hmeimim erklärte Putin, sie hätten ihre Aufgabe hervorragend erfüllt: Syrien sei als souveräner, unabhängiger Staat erhalten geblieben und im Lande seien Bedingungen für eine politische Regelung unter Ägide der Uno geschaffen worden.

Die von den USA geführte Koalition führt seit 2014 ihren Einsatz gegen den IS in Syrien, handelt dabei aber ohne Genehmigung der Behörden dieses Landes.

Der Kongress des Syrischen Nationalen Dialogs hatte am 29. und 30. Januar im südrussischen Sotschi stattgefunden. Vereinbart wurden die Bildung einer Verfassungskommission und die Übergabe des Prozesses der Erarbeitung einer neuen Staatsordnung für Syrien unter Uno-Schirmherrschaft im Rahmen der Genfer Verhandlungen. Wie Wladimir Putin in der jüngsten Sitzung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit betonte, soll Damaskus die während des Kongresses getroffenen Vereinbarungen befolgen.

Dnr-online.ru: Der gesellschaftliche Stab für die frontnahen Gebiete bei der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ hat **humanitäre Hilfe in Form von Haushaltstechnik an soziale Einrichtungen der Ortschaft Krasnyj Partisan** übergeben.

„Wir haben heute eine Waschmaschine für den Kindergarten geliefert, die Schule hat einen großen Herd für die Zubereitung von Mahlzeiten erhalten. Der gesellschaftliche Stab widmet Ortschaften, die sich unter beständigem Beschuss befinden, besondere Aufmerksamkeit. Riesigen Dank allen nicht gleichgültigen Menschen, die bei unserer gemeinsamen Not nicht am Rand stehen bleiben“, sagte der Abgeordnete des Volkssowjets Jurij Pokinteliza. Bezüglich der frontnahen Ortschaften bemerkte der Abgeordnete, dass inzwischen jeder dieser Ortschaften Abgeordnete zugeordnet sind, die systematisch Sprechstunden für die Bürger durchführen. Solche Treffen erlauben es, dringende Probleme der örtlichen Einwohner zu erfahren und operativ zu lösen. Die Direktorin der Schule von Krasnyj Partisan Natalja Karazjuk dankte den Abgeordneten für ihre Hilfe und Unterstützung.

de.sputniknews.com: USA wollen Folgen von Nord Stream 2 erforschen.

Ein Gesetzentwurf bezüglich der wirtschaftlichen und politischen Folgen des Pipelineprojekts Nord Stream 2 ist in den US-Kongress eingebracht worden. Der Text des Dokuments ist auf der offiziellen Webseite der Behörde veröffentlicht.

Es fordert die Erstattung detaillierter Berichte über die Auswirkungen der Gaspipeline von dem Außenminister, Finanzminister und Chef des US-Nachrichtendienstes.

„Die Russische Föderation schlägt vor, eine Gaspipeline von Russland nach Deutschland zu bauen, die als Nord Stream 2 bezeichnet wird. Ihre Verwirklichung würde den eventuellen Anstieg des europäischen Energieverbrauchs decken, aber zugleich die Abhängigkeit Europas von russischer Energie erhöhen und sich destabilisierend auf die ukrainische Regierung auswirken, wenn die Ukraine infolge des Baus von Nord Stream 2 Energietransitgebühren verliert“, heißt es im Gesetzentwurf.

Im Dokument wird daher betont, dass die USA weiterhin gegen die Verwirklichung des Projekts in Nordeuropa auftreten und auch „diplomatische Maßnahmen“ zur Unterbindung des Pipelinebaus ergreifen sollen.

Sollte das Gesetz genehmigt werden, wäre der Chef des US-Nachrichtendienstes verpflichtet, einen Bericht über die Auswirkungen von Nord Stream 2 auf die Energiesicherheit der EU und auf die Interessen der USA und der Ukraine zu erstellen.

Der Entwurf wurde von dem Kongressabgeordneten aus der Demokratischen Partei Dennis Heck und seinem republikanischen Kollegen Ted Poe vorgelegt.

Zuvor hatte US-Außenminister Mike Pompeo erklärt, die USA versuche die EU davon zu überzeugen, aus dem Projekt von Nord Stream 2 auszusteigen.

Dnr-online.ru: Heute um 10 Uhr morgens haben die Entminungsarbeiten auf der Straße, die zum Schlammbehälter der Phenolfabrik führt und auf dem umliegenden Gelände begonnen. Danach untersuchen Arbeiter des Unternehmens den Zustand der Schlammleitung, des Damms und entnehmen Proben aus zwei Piezobohrlöchern, teilt die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Nach langen Verhandlungen unter Mitwirkung der OSZE-Mission und persönlich Alexander Hug hat die ukrainische Seite im GZKK schriftliche Garantien zur Erfüllung der Bedingungen für die Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Schlammbehälter gewährt, im Einzelnen:

- keine Nutzung des Regimes der Ruhe zur Verstärkung und Alterung neuer Positionen in diesem Gebiet;
- Erledigung der Arbeiten im Hellen;
- regelmäßige Zurverfügungstellung von Fotoberichten über den Verlauf der Arbeiten.

Unter Berücksichtigung der von der Mission mit Hilfe von Drohnen durchgeführten Feststellung der Ausgangslage der Positionen und Veröffentlichung der Ergebnisse in einem offiziellen Bericht sowie ihrer Zustimmung zu einem täglichen Monitoring der Situation und

Veröffentlichung der festgestellten Daten in ihren Berichten hat die Vertretung der DVR im GZKK einer Sicherheitsgarantie zur Durchführung der Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Schlammbehälter III. Ordnung der Phenolfabrik in Nowgorodskoje, das von den ukrainischen Streitkräften kontrolliert wird, zugestimmt.

Wir erinnern daran, dass bereits 2014 der kritische Zustand des Damms aufgrund von Kämpfen im Gebiet des industriellen Objektes bekannt wurde. Aber die Frage des Wiederaufbaus des Damms des Schlammbehälters wurde von der ukrainischen Seite zum ersten Mal 2016 aufgeworfen, damals nutzten die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Ruhe jedoch zur Verstärkung der eigenen Positionen, im Zusammenhang damit wurden die Arbeiten an dem Objekt eingestellt.

de.sputniknews.com: Ukraine erwägt Atom-Deal mit Russland – Medien

Der ukrainische Energieminister Igor Nassalyk hat in seinem Schreiben an den ersten Vizedirektor der russischen Atomenergiebehörde „Rosatom“, Kirill Komarow, vorgeschlagen, die Kooperation im Atomenergiesektor auszubauen. Das schreibt die Zeitung „Ukrainskaja Prawda“ am Dienstag.

„Angesichts der Notwendigkeit, eine Reihe von gemeinsamen Projekten wiederaufzunehmen, darunter auch das Projekt zum Bau einer Produktionsstätte für Brennelemente in der Ukraine, bieten wir an, ein Treffen in der Zeit vom 9. bis 12. Juli in Brüssel durchzuführen“, heißt es. Zudem soll Nassalyk in seinem Brief das Interesse seiner Behörde daran bekräftigt haben, die bilateralen Beziehungen zu Russland auch weiterhin zu entwickeln.

Über den gemeinsamen Bau eines Werkes zur Kernbrennstoffproduktion im Gebiet Kirowograd war im Jahr 2010 entschieden worden. Mitte 2015 legte Kiew dieses Projekt aber auf Eis.

Die Beziehungen zwischen Kiew und Moskau hatten sich nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland im März 2014 und nach Beginn des Donbass-Konflikts im April desselben Jahres verschlechtert.

Das ukrainische Parlament hatte am 18. Januar dieses Jahres das Gesetz über die Reintegration des Donbass verabschiedet. Russland wird als „Aggressor“ und das von Kiew nicht kontrollierte Territorium der Ukraine als „okkupiert“ bezeichnet.

Das russische Außenministerium hatte die ukrainischen Behauptungen über eine Okkupation als „öffentliche unbewiesene Insinuationen“ bezeichnet. Moskau hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine Konfliktpartei in der Ostukraine sei und mit der Entwicklung im Donbass nichts zu tun habe. Russland sei vielmehr daran interessiert, dass die Ukraine die politische und ökonomische Krise so schnell wie möglich überwinde.

Ukrinform.ua: „Ruhm der Ukraine“: Ukrainischer Fußballverband entschädigt Ognjen Vukojevic und bietet ihm Job an.

Der ehemalige Co-Trainer der kroatischen Nationalmannschaft Ognjen Vukojevic wird von dem ukrainischen Fußballverband eine Entschädigung für die gegen ihn verhängte Geldbuße bekommen.

„Wir haben beschlossen, Vukojevic die Entschädigung für die verhängte Geldstrafe zu zahlen und ihm ein Job bei dem ukrainischen Fußballverband anzubieten“, sagte der Verbandschef Andri Pawelko vor der Presse im Parlament am Dienstag. „Wir warten auf letzte Gespräche“, so Pawelko. Die Zeit, in der Vukojevic bei Dynamo Kiew spielte, würde bei dieser Zusammenarbeit helfen. Nach Worten von Pawelko gehe es um den Trainer-Job und um „die Kontrolle, wie die ukrainischen Spieler in anderen Ländern spielen“.

In einem Video nach dem Viertelfinal-Sieg Kroatiens im Elfmeterschießen gegen Russland sagte der kroatische Spieler Domagoj Vida „Ruhm der Ukraine“. Vukojevic fügte hinzu: „Dieser Sieg ist für Dynamo und für die Ukraine“. Beide hatten in der Vergangenheit für Dynamo Kiew gespielt.

Die Fifa bewertete diese Äußerungen als politisch und verwurte Vida. Vukojevic wurde vom kroatischen Fußballverband von seinen Aufgaben in der Nationalmannschaft entbunden. Pawelko sieht in den Äußerungen der Spieler keine Politik und kritisierte beide Entscheidungen.



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_07/thumb\\_files/630\\_360\\_1531224605-9683.jpeg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_07/thumb_files/630_360_1531224605-9683.jpeg)

#### Mil-Inr.info: **Dringende Erklärung:**

Die ukrainische Regierung hat, wovon wir vorher gewarnt hatten, im Vorfeld des Minsker Treffens eine **Reihe von Falschmeldungen** begonnen, die die Republik beschuldigen. Davon zeugt die heutige Hysterie des Pressezentrum des Stabs der Operation der Besatzungskräfte der Ukraine **über einen angeblichen Beschuss eines Wohngebiets von Solotoje-4 von Seiten der Volksmiliz der LVR.**

Wir erklären offiziell, dass die Einheiten der Volksmiliz der LVR mit diesem Vorfall nichts zu tun haben und das Regime der Feueereinstellung gemäß dem gültigen „Brotwaffenstillstand“ einhalten.

Wir halten es unsererseits für notwendig, der Weltöffentlichkeit folgende Tatsache mitzuteilen. Die ukrainischen Terroristen haben während der Vorbereitung auf diese Provokation vorsätzlich und frühzeitig örtliche Einwohner aus der Ortschaft Solotoje-4 fortgebracht und haben einen Beschuss unter Heranziehung von kontrollierten Massenmedien zu dieser zuvor geplanten Provokation durchgeführt.

Die genannte Beschuldigung von Seiten der ukrainischen Kommandos ist eine Lüge, die das Ziel hat, die LVR der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu bezichtigen. Die Ukraine braucht keine hohlen Argumente für die Fortsetzung des militärischen Konflikts im Donbass, sondern reale Beweise, die ihre Aggression gegen die Volksrepubliken rechtfertigen. Wir schließen nicht aus, dass in den nächsten Tagen von Seiten des ukrainischen Kommandos weitere, wie immer nicht der Wirklichkeit entsprechende, Beschuldigungen gegenüber Vertretern der LVR bezüglich der Verletzung der Minsker Vereinbarungen erfolgen werden.

de.sputniknews.com: „Poroschenko will die Welt in einen Flop hineinziehen“ – ukrainischer Politiker

Was die Lage in der Ostukraine verändern könnte, ist nach Ansicht von Präsident Poroschenko „eine multinationale Friedensmission unter UN-Mandat im gesamten Donbass-Gebiet“. Mit diesem Vorschlag wolle der Kiewer Machthaber die Welt in ein riskantes und nutzloses Spiel hineinziehen, warnt ein ukrainischer Menschenrechtler im Sputnik-Interview. Moskau müsse der Stationierung der Friedenstruppen „auf dem gesamten Gebiet des Donbass, einschließlich des unkontrollierten Teils der Grenze zu Russland“ zustimmen. „Ich

finde, der einzige Weg, die Situation zu verändern, ist es, den unkontrollierten Teil der ukrainisch-russischen Grenze abzudichten und die Erfüllung der Minsker Abkommen zu gewährleisten“, sagte Präsident Poroschenko nach Gesprächen mit EU-Spitzenpolitikern in Brüssel.

Was Anderes könne der ukrainische Staatschef auch gar nicht vorschlagen, sagt der Politiker und Menschenrechtler Wladimir Olejnik im Sputnik-Interview: „Petro Poroschenko bleibt nichts anderes übrig. Auf militärischem Weg ist dieser Konflikt nicht zu lösen, die ukrainische Armee ist demoralisiert, kämpfen will sie nicht. Also will Poroschenko die internationale Gemeinschaft in diesen Flop hineinziehen.“

Der Plan des ukrainischen Staatschefs besteht laut Olejnik darin, erst die Friedenstruppen im gesamten Donbass – statt an der Demarkationslinie – zu stationieren und dann die Kontrolle über das ganze Gebiet zu übernehmen.

„Russland sagt: Sprecht doch erst einmal mit dem Donbass, mit den Menschen, die dort leben – sind die mit dieser Variante überhaupt einverstanden? Einverstanden ist der Donbass natürlich nicht, die Ukraine will keine direkten Verhandlungen, also stecken sie in der Sackgasse. Da muss Poroschenko immer mal wieder Öl ins Feuer gießen, um die Lage so darzustellen, als ob Russland blockieren würde. Russland blockiert aber nicht, es sieht darin nur keine Lösung des Konflikts“, sagt Olejnik.

Es gibt ja schon einen Weg, das Donbass-Problem zu lösen, betont der Experte: „Aber Kiew will diesen Weg nicht gehen“, so der Politiker. „Die Minsker Vereinbarungen werden nicht erfüllt. Wie kann denn dann davon die Rede sein, dass Friedenstruppen diese Aufgabe werden lösen können? Die Minsker Abkommen, die Verfassungsänderung, die Anerkennung der Republiken – das ist der direkte Weg zur Lösung der Frage.“ Der Donbass werde nur dann eine Macht akzeptieren, wenn sie fähig und willens sein werde, direkte Verhandlungen mit den beiden Volksrepubliken zu führen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32149/37/321493704.jpg>

### **Abends:**

de.sputniknews.com: **Bundeswehr an Völkerrechtsbruch beteiligt?** – Experte fordert Rückzug aus Jordanien.

*Tilo Gräser*

Ein Gutachten aus dem Bundestag stellt klar: Der US-geführte Militäreinsatz in Syrien ist völkerrechtswidrig. Zugleich wird der russische Militäreinsatz als völkerrechtskonform eingeschätzt. Linken-Abgeordneter Neu fordert die Bundesregierung auf, das Völkerrecht zu achten. Der Bundestag kann die Bundeswehr zurückrufen, so der Völkerrechtler Paech.

Das Vorgehen der US-geführten internationalen Koalition und der USA selbst gegen den „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien ist „völkerrechtlich umstritten“. Das stellt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes (WD) des Deutschen Bundestages fest, das von den Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion Heike Hänsel und Alexander Neu in Auftrag gegeben wurde. Der US-geführte Krieg in Syrien lasse sich zudem „immer weniger begründen“.

Dagegen wird dem russischen Militäreinsatz an der Seite der syrischen Armee bescheinigt, „völkerrechtskonform“ zu sein. Auch die Bitte von Damaskus an Moskau nach militärischer Unterstützung sei völkerrechtlich nicht zu beanstanden, so die Wissenschaftler des Bundestages.

Den USA sprechen sie dagegen das Recht ab, sich bei ihrer Intervention auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UN-Charta zu berufen. Das gelte ebenso für das militärische Eingreifen Israels in den Krieg in Syrien, das als „völkerrechtlich problematisch“ bezeichnet wird. Das Selbstverteidigungsrecht werde nicht selten vorgeschoben, „um die Verfolgung von politischen Interessen völkerrechtlich zu legitimieren“, so das WD-Gutachten.

#### **Linken-Abgeordneter: „Eindeutiger Völkerrechtsbruch“**

Die sogenannte Anti-IS-Koalition unter Führung der USA und mit Beteiligung der Bundeswehr bewege sich „völkerrechtlich auf extrem dünnem Eis – zumal der IS im Wesentlichen militärisch besiegt ist“, erklärte Neu dazu. Er hob hervor, die US-geführte Anti-IS-Koalition habe „den syrischen Staat bisweilen daran gehindert (,unable‘), effektiv gegen den IS und andere Terrorgruppen vorgehen zu können, wie beispielsweise durch die Verhängung von EU-Sanktionen gegen die syrische Regierung oder die direkte Okkupation syrischen Staatsgebietes durch US-Militärs“.

Neu verwies ebenso darauf, „dass die USA und ihre Verbündeten die Aufständischen auf vielfältige Weise unterstützen und sogar die syrische Armee mehrfach unmittelbar angegriffen haben, was einen eindeutigen Völkerrechtsbruch darstellt“. Die Linke fordert laut ihrem Abgeordneten, dass die Bundesregierung „Deutschland endlich wieder auf den Pfad des kodifizierten Völkerrechts zurückführt“.

#### **„Bundestag muss Bundeswehr zurückrufen“**

Der Bundestag könne auf Grundlage des neuen Gutachtens die Bundeswehr mit ihren Tornados aus Jordanien zurückrufen, von wo aus sie zu Einsätzen für die Anti-IS-Koalition über Syrien und den Irak startet. Das stellte der Völkerrechtler Norman Paech gegenüber Sputnik klar. Er war selbst von 2005 bis 2009 für die Linkspartei Mitglied des Deutschen Bundestages.

Paech erinnerte daran, dass die Bundeswehr eine sogenannte Parlamentsarmee ist. Der Bundestag habe das Recht, die Bundeswehr zurückzuholen, erklärte er. „Das Parlament müsste jetzt die Konsequenzen aus dieser sehr eindeutigen völkerrechtlichen Lage ziehen und sagen: In dieser Weise können wir nicht intervenieren, das ist völkerrechtswidrig!“

Er sieht seine eigenen Auffassungen durch das „sehr sorgfältige“ Gutachten aus dem Bundestag bestätigt. In einem Beitrag in dem 2016 erschienenen Buch „Der Nahe Osten brennt“ hatte der Völkerrechtler festgestellt: „Die USA können sich für ihre Kampfeinsätze in Syrien ebenso wenig auf ein Mandat des UN-Sicherheitsrats gemäß Art. 42 UN-Charta wie auf Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta berufen.“ Paech betonte, der vorherige US-Präsident Barack Obama habe „mehrfach erklärt, dass er nicht mit Assad sprechen werde, um seine Zustimmung für die US-amerikanische Intervention zu erhalten“.

#### **„Assad weiter von Uno anerkannt“**

Moskau könne sich dagegen auf die Zustimmung aus Damaskus berufen, „wo Bashar al-Assad immer noch als legitimer Regierungschef von der Uno anerkannt wird“. Der Völkerrechtler betonte 2016: „Der Vorwurf an Russland, Syrien nicht nur politisch im UN-Sicherheitsrat abzuschirmen, sondern auch mit Waffen zu versorgen und seit dem 30. September 2015 mit den syrischen Truppen gemeinsam gegen die Terrorgruppen zu kämpfen,

ist völkerrechtlich ohne Grundlage.“

Er erinnerte in dem Zusammenhang ebenfalls an den am 8. Oktober 1980 unterzeichneten „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Syrischen Arabischen Republik“. Diesen hatte Russland als Rechtsnachfolger der UdSSR im Jahr 2012 als weiterhin gültig bestätigt. Die Zeitschrift „WeltTrends“ hatte das Dokument in ihrer Ausgabe 86 (2012) im Wortlaut veröffentlicht. Danach enthält der Vertrag einen Artikel (10) zur militärischen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Verteidigung.

#### **„US-Einsatz völkerrechtlich nicht zu begründen“**

Gegenüber Sputnik wiederholte Paech seine entsprechenden Einschätzungen. Das Bundestagsgutachten bestätige das russische Eingreifen als legal. „Das habe ich immer so gesehen“, hob der Völkerrechtler hervor. Das Bundestags-Gutachten sei in seinen Formulierungen zum Eingreifen der USA und Israels „höflich und zurückhaltend, aber nach dem ganzen Duktus der Argumente lässt sich auch dort nichts anderes folgern, als dass es völkerrechtlich nicht zu begründen ist“.

Es gebe für die US-geführte Anti-IS-Koalition einschließlich der Bundeswehr kein Mandat des UN-Sicherheitsrates. „Heute geht es im Wesentlichen dagegen, dass man offensichtlich auch wieder an dem alten Konzept des Regime Change bastelt und sich deshalb in den östlichen Teilen Syriens sehr festgesetzt hat“, sagte Paech über die Ziele der USA und ihrer Verbündeten. Auch die israelischen Angriffe auf Syrien seien „völkerrechtlich unhaltbar“.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32149/42/321494290.jpg>